Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 91. | Dresden, Sonnabend den 20. April 1918. | 29. Jahrg.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Die sächsische Arbeiterschaft steht in ihrem Verlangen nach einem freien, gleichen Wahlrecht für Staat und Gemeinde solidarisch und entschlossen an der Seite ihrer preußischen Klassengenossen. Nach dem volksfeindlichen Verhalten der Reaktion in Sachsen und in Preußen gilt es, der Forderung nach Recht und Freiheit um so ungestümer und machtvoller Ausdruck zu verleihen. **Es gilt den Kampf gegen Eroberungspolitiker und Wahlrechtsfeinde, für Verständigung der Völker und Demokratie!** Unter dieser Parole findet morgen Sonntag früh Punkt 11 Uhr die

sozialdemokratische Massenversammlung im Circus Sarrasani

statt. Männer und Frauen des Volkes! Erscheint auch diesmal im Massenaufgebot zu dieser eurer Kundgebung.

Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe: 14½ Milliarden Mark.

WTB. Berlin, den 20. April. Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch angemeldeten älteren Anleihen ist 14 Milliarden 550 Millionen Mark. Kleine Teilanzeigen sowie ein Teil der Feldzeichnungen, für die die Zeichnungsfrist erst am 18. Mai abläuft, stehen noch aus, so daß das Ergebnis sich noch erhöhen wird. Zu den unvergleichlichen Erfolgen unserer Heere gesellt sich damit eine neue überwältigende Leistung der deutschen Geldwirtschaft. Das gewaltige Ergebnis der früheren Anleihen noch weit übersteigend, legt sie aller Welt Zeugnis ab von dem unerschütterlichen Entschluß des Volkes, Deutschland zu halten, so lange es möglich ist, und von seinem felsenfesten Vertrauen auf seinen vollen und endgültigen Sieg.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Schlachtfronten blieb die Tätigkeit der Infanterie auf Erkundungen beschränkt. Starker Feuerkampf bei Wytschaete und Bailleul. Zwischen Scarpe und Somme lebte die Artillerietätigkeit gegen Abend auf; an der Avre, nordwestlich von Moreuil, blieb sie tagsüber gesteigert.

In den Vogesen, südwestlich von Markirch, brachte ein erfolgreicher Vorstoß in die feindlichen Gräben Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ungerecht und unsolid.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Ungerecht und unsolid ist das Steuerprogramm gestaltet, mit dem Reichsschatzsekretär Graf Roedern an den Reichstag herantritt.

Die konservative Deutsche Tageszeitung beginnt ihre erste Betrachtung der neuen Steuervorlagen mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die Bestrebungen der Einzelstaaten im Bundesrat vollen Erfolg gehabt haben. Diese Bestrebungen waren, wie der preußische Finanzminister offenherzig erklärt hat, darauf gerichtet, daß unter keinen Umständen in der Zwischenreform vor der endgültigen Reform irgendein noch so harmlos erscheinender Eingriff in das direkte Steuersystem vorgenommen werden dürfe. Der Reichsschatzsekretär hat sich dieser kategorisch aufgestellten Bedingung unterworfen. Er ist sogar noch weiter gegangen im Ausweichen vor der Belastung des Besitzes. Während die einzelstaatlichen Finanzminister bei ihrem eifrigen und beharrlichen Kampf gegen jeden Eingriff in das direkte Steuersystem doch immer nur die Einkommens- und Vermögensbesteuerung im Auge haben, geht Graf Roedern auch dem Erbschaftssteuerwesen, das längst grundsätzlich ins Reichssteuergebiet gehört, in weitem Bogen aus dem Wege.

Als einziger leitender Gesichtspunkt bei der Auswahl der sehr verschiedenartigen Steuerobjekte, die in diesem Jahre daran glauben sollen, wird der bezeichnet, jene Steuerquellen, die bereits angezapft waren, erschöpfend und abschließend zu erfassen. Gerade dieser Gesichtspunkt hätte in erster Linie zur Erbschaftsbesteuerung hinführen müssen. Denn daß mit Bezug auf die geltende Reichserbschaftssteuer von einer erschöpfenden Erfassung der ergiebigen Einnahmequelle, die die Erbschaften darstellen, nicht die Rede sein kann, das war die Anschauung der Reichsleitung schon vor zehn Jahren. Fürst Bülow ist im Kampf mit der Rechten, der sich um die Einbeziehung des Kindeserbes drehte, unterlegen. Zweimal ist der Versuch, das Erbrecht des Reichs in ganz bescheidenem Umfange einzuführen, gescheitert.

Das war zu Friedenszeiten, als man mit Millionen rechnete. Jetzt leben wir fast vier Jahre im Kriege und sind genötigt, mit Milliarden zu rechnen. Zum drittenmal schlägt das Reichsschatzamt Kriegssteuern vor, zum drittenmal hohe Steuern auf Verkehr und Verzehr, zum drittenmal hütet es sich peinlichst, an eine Steuerreform zu tippen, die es selbst schon im Frieden in Anspruch nehmen wollte. Ein Unwille, der 95 Prozent der Bevölkerung erfassen würde, wäre die selbstverständliche Folge, wenn heute die Westarp und Heydebrand noch prinzipielle Einwände gegen die schärfere Besteuerung der Erbschaften erheben wollten. Die erdrückende Mehrheit des Reichstags würde ihren Einspruch aufs schärfste zurückweisen. Das Reichsschatzamt aber bringt auch heute diese Steuer noch nicht. Es will, ehe es die großen Erbschaften, und mögen sie selbst aus dem Kriegswucher stammen, für die Reichszwecke nutzbar macht, Vorsorge treffen, daß in der Zukunft, wenn wieder einmal Kaffee, Tee, Schokolade in unser Land kommen, keine arme Kriegerwitwe, kein Kriegsinvalide eine Tasse dieser Getränke genießt, ohne dem Reich ausgiebig zu zollen. Eilig hat es das Reichsschatzamt mit der sehr energischen Besteuerung der Mineralwässer und des gefärbten Wassers, das man Bier oder Limonade nennt, sehr viel Zeit aber läßt es sich mit der schärferen Erfassung der Erbanfälle, die in die Hände entfernt verwandter, reicher Vettern und Basen übergehen. Damit der reale Besitz und das die Leistungsfähigkeit widerspiegelnde Einkommen des reklamierten Kriegsgeschäftemachers geschont werden, soll der Umsatz, den Frau und Kind des armen Schützengrabenmannes mit der dürftigen Kriegsunterstützung bewirken, in Form einer Brot-, einer Kartoffelsteuer zu den Kriegskosten beitragen. Da darf man wohl fragen: Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Selbst die alldeutsch-nationalliberale Tägliche Rundschau kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir es hier mit einem Steuerflickwerk zu tun haben, „das weit zurückbleibt hinter der mustergültigen englischen Kriegssteuerpolitik". Die englische Kriegssteuerpolitik hat zwar auch den Verkehr und Verzehr nicht geschont, aber sie hat doch zugleich auch die Einkommen, Erbschaften und Kriegsgewinne in einem Maße gefaßt, das in Deutschland als ganz unerhört gelten würde. Was wollen im Vergleich mit den Erhöhungen der direkten Steuern in England die Zuschläge bedeuten, die bei uns von den Bundesstaaten und Gemeinden zu den direkten Steuern erhoben werden. Der Wirtschaftsprozeß und die Kapitalbildung, die in Deutschland immer wieder als bedroht durch höhere direkte Steuern hingestellt werden, erfreuen sich dabei in England eines ausgezeichneten Wohlbefindens. Nein, es sind nicht allgemeine wirtschaftliche Rücksichten, die das Deutsche Reich, das den Krieg führt und darum vor allen anderen öffentlichen Körperschaften Anspruch auf die ertragreichsten Steuerquellen hat, an diesen Quellen vorbeiführen; es ist die Rücksichtnahme auf das Wohl der Begüterten, die bei den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen vorwaltet, vor allem in Preußen, wo der Finanzminister nach der Pfeife der Erwählten des Dreiklassenrechts zu tanzen hat. Und diese Rücksicht beherrscht den Bundesrat. So ergibt sich, daß letzten Endes die Reichssteuerfrage zugleich eine Frage des preußischen Wahlrechts ist.

Das neue Steuerprogramm widerspricht aber nicht nur allen Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, es genügt auch den Anforderungen einer soliden Finanzwirtschaft nicht. Nicht einmal der fragwürdige Etatsentwurf, der große Einnahmen, die nicht eingehen, vorsieht, und große Ausgaben, die stetig wachsen, nicht vorsieht, kann mit diesem Programm ausbalanciert werden. Trotzdem die einmalige Einnahme aus der Kriegssteuer der Gesellschaften im vierten Kriegsgeschäftsjahr für laufende Ausgaben verwendet werden soll, wird ein großes, ungedecktes Defizit verbleiben. Denn auf die 640 Millionen, die das Branntweinmonopol mehr bringen soll als die bisherige Branntweinsteuergesetzgebung, wird man noch einige Jahre warten müssen. Diese Einnahmequelle wird erst geraume Zeit nach Friedensschluß zu fließen beginnen. Das gleiche gilt von allen Steuern, die in Form erhöhter Einfuhrzölle erhoben werden sollen, von Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Wein, Schaumwein, fremden Bieren. Die neuen Steuern aber, die wie die Börsenabgaben, die Abgaben vom Post- und Telegraphenverkehr und die Umsatzsteuer bald wirksam werden könnten, werden äußerstenfalls ihre Erträge während eines Teiles des Etatsjahres liefern. Das Loch, das so in der Etatrechnung entsteht, soll wieder zugestopft werden mit dem Ertrag der Kriegsteuer. Obgleich dieser sich nunmehr auf 5,7 Milliarden beziffert, bleibt davon für die Schuldentilgung, seinen eigentlichen Zweck, kaum noch etwas übrig. Die Finanzwirtschaft des Grafen Roedern ist folglich ebenso unsolid wie ungerecht.

•

Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Fraktion beriet am Freitag über die neuen Steuervorlagen. Als Redner für die erste Lesung wurden bestimmt die Abgeordneten Keil und Müller.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Am 28. April tritt in Berlin ein nationalliberaler Parteitag für Preußen zusammen, der wohl einer der wichtigsten in der Geschichte dieser Partei zu werden verspricht. Daß dieser Parteitag, dem Beschluß des nationalliberalen Parteivorstands folgend, sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen aussprechen wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. In der Organisation der nationalliberalen Partei überwiegen die Beamten und Lehrer, Intellektuelle aller Art, die zwar nicht für das gleiche Recht begeistert aber auch keineswegs seine fanatischen Gegner sind, also der von oben gegebenen Parole willig folgen. Interessant ist nur die Frage, welchen Einfluß der Parteitagsbeschluß auf die Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion haben wird, auf deren rechten Flügel die schwerindustriellen Geldsäcke überwiegen. Als sicher darf indes jetzt schon angenommen werden, daß ein stattlicher Teil dieser Herren sich als gänzlich unbelehrbar erweisen wird und daß bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum die Nationalliberalen also teils für, teils gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werden. Wird die nationalliberale Fraktion eine Minderheit, die in einer entscheidenden Frage gegen die Fraktionsmehrheit und gegen den Parteitagsbeschluß stimmt, weiter in ihren Reihen dulden?

Die Spaltung der nationalliberalen Partei könnte der Anfang werden für die Einigung des Liberalismus. Ob wir eine solche Entwicklung begrüßen dürften, bleibt dahingestellt. Es kommt ganz darauf an, wie der Liberalismus nach seiner Einigung aussehen würde, der Zuzug von rechts würde jedenfalls die national-chauvinistischen Einflüsse im Linksliberalismus stark vermehren.

Aber das ist natürlich im Augenblick nicht die Hauptfrage. Hauptfrage ist, was aus der Wahlrechtsvorlage im Landtag wird. Neuerdings vermehren sich, besonders in der industriellen Scharfmacherpresse, die Stimmen, die die Ablehnung des gleichen Wahlrechts für vollständig gewiß erklären.

Neuerdings wird von dieser Presse zum Zweck der Stimmungsmache die Ansicht verbreitet, die Regierung denke gar nicht ernstlich an Auflösung, das Gerede davon sei nur ein leeres Schreckmittel. Auch damit soll den Rechtsliberalen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180420/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG